Terrorismus und Informationstechnologie

Terrorismus und Informationstechnologie

Die heutige sicherheitspolitische Lage ist u. a. gekennzeichnet durch die Herausforderungen Migration, organisierte Kriminalität, Korruption, Terrorismus, islamistischer Fundamentalismus, Massenvernichtungswaffen nuklearer, chemischer und biologischer Art sowie in zunehmendem Masse auch Infektionskrankheiten (insbesondere das Vogelgrippevirus H5N1 als eine der kommenden Bedrohungen für die westliche Gesellschaft).

Peter Regli

Sicherheitspolitische Herausforderungen

An Bedeutung wachsende und immer noch unterschätzte Herausforderungen sind die so genannten Informationsoperationen. Man unterscheidet zwischen den von Medienschaffenden als Waffe benutzten Informationen und der mittels modernster Technologie, der Informationstechnologie (IT), verarbeiteten Information (Net- und Cyberwar). Seit Mitte der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts ist man sich der Verwundbarkeit von IT-Systemen bewusst. Auf staatlicher Ebene spricht man in diesem Zusammenhang von der «kritischen nationalen Infrastruktur».

Verwundbarkeit der IT

Informationstechnologie ist sehr verwundbar. Sie kann missbraucht und manipuliert werden. Das reibungslose Funktionieren der Infrastruktur eines modernen Rechtsstaates kann leicht beeinträchtigt werden. Verwaltung und Privatwirtschaft treffen mehr oder weniger gezielt Massnahmen, um gegen unerkannte Intrusionen, gegen Hacker und Cracker, gewappnet zu sein. Grosse Fortschritte im koordinierten Erkennen und Abwehren solcher Gefahren sind in der Schweiz leider aber immer noch nicht zu verzeichnen.

Dass in diesem Zusammenhang der Mensch, als Knoten im Netzwerk, nach wie vor das schwächste Glied in einer Organisation sein kann, wird oft vergessen oder vernachlässigt. Offensive Informationsoperationen können bei Privaten, beim Staat und in der Wirtschaft grosse irreparable Schäden verursachen. Im Falle von kombinierten Katastrophenszenarien, so z. B. bei einem Terroranschlag, in welchen Blaulichtorganisationen wie Polizei, Sanität, Feuerwehr alarmiert werden sollten und deren IT-Systeme wegen Fremdeinwirkung ausfallen, wären die Folgen unabschätzbar.

IT als Waffe im Terrorismus

Eine weitere an Bedeutung zunehmende Herausforderung unseres christlich-jüdischen Abendlandes ist der islamistische Fundamentalismus. Dieser als «Krebsgeschwür» zu bezeichnende neue Totalitarismus hat bereits Ableger in über 60 Ländern der Welt, einschliesslich Westeuropa und der Schweiz.

Aufmerksame Beobachter der brutalen Attentate militanter Islamisten stellen fest, dass diese die Mittel der modernen IT gezielt und professionell als Waffe einsetzen.

Terroristen brauchen Journalisten. Ihre kriminellen Taten müssen, um ihren Effekt zu erreichen, der Welt unverzüglich mitgeteilt werden. Dazu benutzen die Terroristen digitale Kameras, das Internet, TV-Kanäle wie z. B. al Jazeera und al Arabia. Im Internet werden Homepages mit religiösen Aufrufen und chiffrierten Mitteilungen zu Attentatsplanungen, Videos von Geiselnahmen, Erpressungen und blutigen Hinrichtungen, Bauanleitungen für Autobomben und Massenvernichtungswaffen u.a.m. veröffentlicht. Handys, ebenfalls modernste Spitzenprodukte der IT, werden als Fernzünder in mörderische Sprengsätze eingebaut. Nationale islamistische Gruppierungen benutzen das Internet, um ihre Glaubensgemeinschaften zu indoktrinieren und zu führen. Der demokratische Rechtsstaat ist mit einer neuen, komplexen und sehr schwer zu meisternden Herausforderung konfrontiert.

Handlungsbedarf

IT wird immer mehr auch von Terrororganisationen eingesetzt und missbraucht. Der Rechtsstaat wird zum Handeln genötigt. Zuerst muss er sich aber eine Übersicht über die Tatbestände verschaffen können. Dazu sind effiziente Nachrichtendienste erforderlich. Die herkömmlichen, bewährten Beschaffungsmittel dieser Dienste genügen zur Erfüllung der Aufgabe jedoch längst nicht mehr. Neu müssen erfahrene, mit nachrichtendienstlichem Spürsinn ausgerüstete IT-Freaks eingesetzt werden. Diese müssen das Internet nach genau definierten Kriterien absuchen und die berühmten Nadeln im Heuhaufen finden. Aufzuspüren sind illegale Handlungen wie Aufrufe zu Hass und Terroranschläge, aber auch Hinweise auf geplante konspirative Treffen usw. IT-Kenntnisse alleine genügen dazu aber nicht. Sprachkenntnisse sind ebenfalls eine wichtige Voraussetzung. Die Homepages, welche interessieren, sind auf Arabisch, Farsi, Pashtu, Tadschik, Balutsch oder auf andere, für unsere Breitengrade exotische Sprachen.

Der Politiker in der Verantwortung

Regieren ist, in Anbetracht der skizzierten Herausforderungen, komplexer und schwieriger geworden. Die Unsicherheit der Lage spielt in der täglichen Beurteilung eine wichtige Rolle. Die verantwortlichen Politiker müssten sich dauernd die Frage stellen: «Wissen wir, was wir wissen?» und «Wissen wir, was wir nicht wissen?». Mit der Beantwortung dieser Fragen könnten sie ihren Nachrichtendiensten konkrete Beschaffungsaufträge erteilen.

Neben den bisher üblichen Beschaffungs- und Auswertegebieten der Dienste kommt seit einiger Zeit auch der ganze Bereich IT hinzu. Die Dienste mussten neue Kompetenzen aufbauen, welche einerseits Massnahmen zum Schutz der eigenen Informatiksysteme generieren und andererseits das Eindringen in die Systeme potenzieller Gegner ermöglichen. Diese Art von eigenen Informationsoperationen bedingt Anpassungen der gesetzlichen Grundlagen und der Arbeitsweise. Währendem sich der asymmetrische Gegner an keine Spielregeln und an keine Konventionen hält, muss sich der Rechtsstaat weiterhin gesetzeskonform verhalten. Diese Asymmetrie wird vom Gegner rücksichtslos ausgenützt.

Die verantwortlichen Politiker (Parlamente und Regierungen) müssten Polizei und Streitkräften konsequent die notwendigen Finanzen zur Verfügung stellen, damit sich diese mit modernsten, der Entwicklung der Bedrohungslage angepassten technischen (IT-) Mitteln ausrüsten können. So wären unsere Sicherheitsdienste in der Lage, z. B. improvisierte Sprengsätze rechtzeitig zu erkennen und zu neutralisieren sowie den vielseitigen Einsatz von Handys durch Terroristen zu erschweren.

Die selben Politiker müssten, im Rahmen der Revision des Gesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit, insbesondere bezüglich der Arbeit unserer Nachrichtendienste, endlich auch präventive Massnahmen ermöglichen. Dabei ginge es vor allem um die präventive Überwachung von Verdächtigen und präventive Interventionen sowie um die konsequentere Anwendung der elektronischen Aufklärung gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität, aber auch um die Anpassung von bestehenden Zeugenschutzprogrammen an die tatsächliche, aktuelle Lage.

Fazit

IT spielt in den heutigen sicherheitspolitischen Herausforderungen eine immer grössere Rolle. Die politischen Auftraggeber müssten den zuständigen Diensten,

welche die Sicherheit des Staates und dessen Bevölkerung zu gewährleisten haben, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen, die Mittel und die Kompetenzen zur Erfüllung ihres Auftrages geben. Das Steuern von Sicherheit über die Finanzen, wie dies neuerdings in der Schweiz geschieht, ist verantwortungslos. Sicherheit müsste auf Grund einer Beurteilung der Lage produziert und dazu müssten die notwendigen Finanzmittel entsprechend gesprochen werden. Nur auf diese Weise könnten auch Gefahren wie Informationsoperationen durch islamistische Terrorzellen rechtzeitig entdeckt, bewertet und effizient bekämpft werden. Das erfolgreiche Aufdecken von Internetpornografie wird somit zur Banalität im Vergleich zur Herausforderung «Terrorismus und IT». ■

Peter Regli, dipl. Ing. ETHZ, Divisionär a D, Ehemaliger Chef des Schweizerischen Nachrichtendienstes (1990–1999).

Das ASMZ-Wort des Monats

Nordkorea und die Nuklearwaffe

Der letzte stalinistische Staat der Welt unter dem Diktator Kim Jong Il weist gemeinsame Grenzen mit der Volksrepublik China, mit der Republik (Süd-)Korea und mit der Russischen Föderation auf. Die Demokratische Volksrepublik (Nord-)Korea ist durch das Japanische Meer auch ein Nachbarstaat von Japan. Diese Grenzen weisen auf die strategische Bedeutung Nordkoreas hin. Das Gewicht des Landes wird noch dadurch erhöht, dass Japan ein Alliierter der USA ist und in Südkorea die USA mit einer Streitmacht von 34 500 Soldaten präsent sind. Seit dem Ende des Koreakrieges am 27. Juli 1953 – es ist lediglich ein Waffenstillstand zwischen den Kriegsparteien vereinbart worden – wird Nordkorea politisch, militärisch und wirtschaftlich durch China unterstützt. Der Grund hierfür ist strategischer Natur: China will unter allen Umständen eine Präsenz der USA in einem Vereinigten Korea verhindern, die zur Stationierung von US-Truppen am Grenzfluss Yalu zwischen Korea und China führen könnte. Der Vorstoss der Achten US-Armee unter General MacArthur bis zum Yalu 1950 hat bereits damals den Kriegseintritt Chinas an die Seite Nordkoreas provoziert.

Diese Interessen Chinas gelten heute noch. Deshalb möchte Beijing deckungsgleich mit Pyongyang die Anerkennung Nordkoreas durch die USA und damit das Überleben Nordkoreas und seines Regimes sichern. Nordkorea selbst ist trotz seiner wirtschaftlichen Misere hochgerüstet. Das Land verfügt über eine aktive Armee von über einer Million Soldaten, die jederzeit für einen Einsatz gegen Südkorea (680 000 Soldaten) bereit sind. Dazu kommen noch Tausende Artilleriegeschütze des Kalibers 170 mm an der Demarkationslinie. In ihrem Wirkungsbereich liegt die Millionenstadt Seoul. Ein US-Angriff auf Nordkorea würde einen Gegenschlag eben dieser Artillerie auslösen und zur Vernichtung von Seoul und damit zum Ausfall eines der wichtigsten Elektronikzentren der Welt führen. Nordkorea hat sich auch mit der Entwicklung von ballistischen Raketen abgesichert. Mit diesen kann es nicht nur Südkorea abdecken, sondern mit einer weiter entwickelten Version sogar Japan treffen. Das fehlende Glied in dieser Strategie waren bis jetzt die nuklearen Gefechtsköpfe auf diesen Raketen. Mit Nuklearwaffen verfügt Nordkorea über ein Abschreckungspotenzial und ist nicht mehr angreifbar. Die Entwicklung dürfte mit stillschweigender Zustimmung des Grossen Bruders erfolgt sein. Möglich sind nur die Beibehaltung des Status quo des Waffenstillstandes oder die Anerkennung des nordkoreanischen Regimes und damit die definitive Teilung der Halbinsel. A. St.